

FDP vermisst konkrete Planungen bezüglich der zu erwartenden zusätzlichen Verkehrsbelastungen im Krefelder Stadtgebiet beim sechsstreifigen Ausbau der A57

Die dem Stadtrat am Dienstag vorgelegte Stellungnahme der Stadt zum Antrag auf Planfeststellung für den sechsstreifigen Ausbau der A57 zwischen Gartenstadt und Oppum hält die FDP-Fraktion für ergänzungsbedürftig.

"Der Planungsausschuss hat am 24.01.19 einstimmig die Verwaltung beauftragt, für die Ausbaumaßnahme A57 ein Verkehrskonzept, das entsprechende Ausweich- und Baustellenverkehre steuert und Schleichverkehr ausschließt bzw. minimiert, zu erarbeiten. Dieses Konzept liegt bis heute nicht vor. Der Stellungnahme der Stadt ist auch nicht zu entnehmen, ob und wann es erarbeitet wird", erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Joachim C. Heitmann.

In ihrer dem Rat vorgelegten Stellungnahme erklärt die Verwaltung, dass sie ein "abgestimmtes, ausgewogenes und an den Baustellenverlauf angepasstes Verkehrskonzept für den überörtlichen Verkehr und den Straßenverkehr auf dem Krefelder Stadtgebiet erwarte".

Zumindest für den Straßenverkehr auf Krefelder Stadtgebiet liege die Zuständigkeit und Verantwortung für das Verkehrskonzept aber bei der Stadt, so die FDP-Fraktion. Die Begründung der Verwaltung für das fehlende Verkehrskonzept, dass der Bund bislang die Bauzeiten konkret noch vorgegeben habe, hält die FDP-Fraktion für eine Ausrede: "Es ist ohne weiteres möglich, bereits jetzt den Beschluss des Planungsausschusses, entsprechende Überlegungen dahingehend anzustellen, wie vor dem Hintergrund der zu erwartenden Lärm- und Luftschadstoffbelastung die Auswirkungen auf die betroffene Bevölkerung durch verkehrsregelnde Maßnahmen zumindest minimiert werden können."

Die FDP verweist darauf, dass die A57 eine wichtige Verbindung für Schwerlastverkehr und Gefahrguttransporte darstelle. Von daher bestehe bereits jetzt dringender Handlungsbedarf.

Die FDP erwartet darüber hinaus, dass die Verwaltung Kontakt mit den Städtischen Werken und dem Kommunalbetrieb Krefeld (KBK) aufnimmt: "Es wäre ein Schildbürgerstreich, wenn die Belästigungen durch Umgehungsverkehre zusätzlich dadurch noch erhöht werden, dass während der Bauzeit die SWK und der KBK Arbeiten in den betroffenen Straßenbereichen durchführen." Für die Kölner Straße, die während der Ausbauzeit mit zusätzlichen Verkehren belastet sein könnte, hat der Fischelner Bezirksverordnete Helmut Höffken bereits in der Sitzung der Bezirksvertretung Fischeln am 16. Mai mit einem Dringlichkeitsantrag Gesprächsbedarf angemeldet.